



BUNDESTAGSWAHL
2025



Positive Einzelmaßnahmen, begrenzter Reformeifer

Wirtschaftspolitische Auswertung
des Koalitionsvertrags zwischen
CDU, CSU und SPD

11. April 2025



Der Koalitionsvertrag von Union und SPD **hat einige Maßnahmen zum Ziel, die der bayerischen Wirtschaft neuen Schwung verleihen können – ein grundlegender Neustart in der Wirtschaftspolitik sind die Vereinbarungen aber nicht.** Zu den positiven Signalen für die Unternehmen gehören unter anderem die **degressiven Abschreibungen auf Ausrüstungsinvestitionen, Entlastung bei den Strompreisen**, konkrete Festlegungen zur **Digitalisierung der Verwaltung** sowie eine **Absenkung der Bürokratiekosten**.

Gerade mit Blick auf **international wettbewerbsfähige Unternehmenssteuern, stärkere Arbeitsanreize und bezahlbare Lohnnebenkosten** hätte sich die Wirtschaft **deutlicheren Reformen gewünscht**. Stattdessen lagern Union und SPD unbequeme, aber notwendige **Strukturreformen in Expertenkommissionen** aus, lösen Finanzierungsfragen nicht und bedienen Partikularinteressen. Auch der begrüßenswerte Einstieg in die **Senkung der Körperschaftsteuer** steht unter Finanzierungsvorbehalt und wird größtenteils auf die nächste Legislaturperiode verlagert.

Der BIHK begrüßt vor allem das ausgerufene Ziel, das **Wachstumspotenzial auf deutlich über ein Prozent zu erhöhen**, was unserer Kernforderung entspricht. Wie das konkret gelingen soll, bleibt allerdings offen. Wir messen die neue Bundesregierung vor allem daran, ob sie dieses Ziel erreichen wird und **ob die schnelleren Planungs- und Genehmigungsverfahren gemeinsam mit einem massiven Bürokratieabbau spürbar Realität werden**. Ansonsten drohen die **Sonderschulden für Infrastruktur** zu verpuffen – mit weitreichenden Folgen wie Inflation, höhere Zinsen und erhebliche Lasten für die jüngeren Generationen.

Thema	Gesamtfazit je Thema		
	Kritisch	Ambivalent	Begrüßenswert
Arbeitsmarkt und Fachkräfte			
Bauen und Wohnen			
Berufliche Bildung			
Bürokratie und Verwaltung			
Digitalisierung			
Energie und Klima			
EU und Internationales			
Gründung, Innovation und Finanzierung			
Haushalt und Finanzen			
Steuerpolitik			
Umwelt, Rohstoffe und Nachhaltigkeit			
Verkehr und Mobilität			
Verteidigung			

Positiv:

- **Erhöhung von Arbeitsanreizen**, u.a. durch Vermittlungsvorrang, Erhöhung Pendlerpauschale, Neuregelung Hinzuverdienstgrenzen und Transferentzugsrate
- Umstellung auf **wöchentliche** anstatt täglicher **Höchst Arbeitszeit**
- **Erhalt Vertrauensarbeitszeit** und angestrebte **unbürokratische Arbeitszeiterfassung**
- Stärkung Zuwanderung durch zentrale „**Work-and-stay-Agentur**“ und **einheitliches Anerkennungsverfahren** von maximal acht Wochen
- **Höhere Anreize für Erwerbstätigkeit im Rentenalter** (u.a. steuerfreies Einkommen bis monatlich 2.000 €, Befristungsmöglichkeit)
- Schnellere, rechtsichere und transparentere **Statusfeststellungsverfahren** bei Geflüchteten

Negativ:

- Beibehalt abschlagsfreie **Rente nach 45 Beitragsjahren**
- Halbierung Kontingent **Westbalkanregelung** auf 25.000 Personen pro Jahr

Was fehlt?

- Vereinfachung der **Fachkräfteeinwanderung**
- **Anpassung der Rentenabschläge** bei frühzeitigem Renteneintritt ohne Belastung der Solidargemeinschaft
- **Flexibilisierung Weiterbildungsförderungen**, um geförderte Schulungen unter 120 Stunden zu ermöglichen

Positiv:

- **Vereinfachung** von Planungs-, Bau-, Umwelt-, Vergabe- und (Verwaltungs-)Verfahrensrecht
- **Abbau von Doppelprüfungen** durch Flexibilisierung und Entschlackung formalisierter Verfahren
- **Investitions-, Steuerentlastungs- und Entbürokratisierungsoffensive** zur Aktivierung des Wohnungsbaus und der Eigentumsbildung
- **Weiterentwicklung** der **TA Lärm**, der **TA Luft** und des **Bauplanungsrechts** zur besseren Lösung von Nutzungskonflikten
- **Vereinfachung von Baustandards** als Maßnahme der Beschleunigung
- Weiterentwicklung des **Building Information Modeling (BIM)** als zentrales Digitalisierungsinstrument im Bauwesen
- **Technologieoffeneres, flexibleres und einfacheres Gebäudeenergiegesetz** mit harmonisierten nationalen Gebäudeeffizienzklassen
- **Modernisierung der Wärmeversorgung** mit Fokus auf Bezahlbarkeit, Technologieoffenheit, Versorgungssicherheit und Klimaschutz
- **Vereinfachung der KfW-Förderprogramme** durch Zusammenführung zu zwei zentralen Programmen für Neubau und Modernisierung

Negativ:

- Verlängerung der **Mietpreisbremse** um 4 Jahre

Was fehlt?

- **Mobilisierung von Bauland** für Wohnen und Gewerbe

Positiv:

- **Modernisierungsagenda** mit Leitbild einer vernetzten, effizienten und bürgernahen Verwaltung („**digital only**“) mit hohem Automatisierungsgrad für einen Mentalitätswechsel hin zu einer ermöglichenden Verwaltungskultur
- Grundlegende **Aufgabenkritik** in Behörden und **Evaluierung und Praxischecks von Gesetzen** samt folgender Anpassung oder Streichung für einen effizienten Rechts- und Verwaltungsrahmen
- **Diverse Maßnahmen zum Bürokratieabbau**, u.a. Reduzierung Statistikpflichten, Abschaffung von der Bestellung von Betriebsbeauftragten bei KMUs, Abschaffung nationales Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, Vereinfachung und Rückführung Energieeffizienz- und Energiedienstleistungsgesetz auf EU-Recht, Reduzierung und Verschiebung Nachhaltigkeitsberichtserstattung im Mittelstand, Ausschluss von bürokratischer Übererfüllung bei Umsetzung EU-Recht in nationales Recht („Goldplating“)
- **Änderung der Vollzugsverantwortung im Bereich der Digitalisierung für ausgewählte Aufgaben mit hohem Standardisierungs- und Automatisierungspotenzial** zur Reduzierung des föderalen IT-Flickenteppichs
- **Zentrale, interoperable Technologie, Infrastruktur und Standards** für Länder und Kommunen, die auch EU-weit anschlussfähig sind; prioritäre Auswahl von europäischen Lösungen für mehr digitale Souveränität
- **Doppelerhebungsverbot** für „once only“ auf Basis der **Registermodernisierung**

Negativ:

- **Neue kleinteilige Förderprogramme und Regulierungen** (z. B. einkommensabhängige E-Autoprämie)
- **Unternehmen als Power-User** der Verwaltung **nicht im Fokus**

Was fehlt?

- Weiterentwicklung des aktuellen **Unternehmenskontos** auf EU-Ebene

Positiv:

- Einführung eines **Digitalministeriums** mit Potenzial zur besseren Steuerung und Priorisierung der Digitalpolitik
- Schlanke und kohärente Anpassung sowie Umsetzung des **EU-Digitalrechts wie z. B. des AI-Acts**
- **Digitale Kompetenzoffensive** über alle Alters- und Bildungsbereiche hinweg
- Verbesserungen der Rahmenbedingungen für **Datenökonomie** durch Förderung von Daten-Ökosystemen, Beseitigung von Rechtsunsicherheiten, Hebung von Datensätzen, Vereinfachung des Datenschutzes und Rechtsanspruch auf Open Data
- Beschleunigter **Ausbau der digitalen Infrastruktur** durch Beschleunigungsgesetz, Fiktionsregelungen und digitale Antragsstrecken
- **Stärkung und Unterstützung KMUs und Startups**, u.a. Technologietransfer, KI-Reallabore, zentrale Servicestelle zur Unterstützung bei der Umsetzung des AI-Acts

Was fehlt?

- **Konzertierte und verbindliche Umsetzungspläne** samt Zeitplan und Monitoring
- Vorhaben zur Stärkung der **IT-Sicherheit** in Unternehmen zur besseren Einschätzung ihrer Sicherheit

Positiv:

- **Bekenntnis zur dualen Aus- und Weiterbildung**
- Fortführung der **Allianz für Aus- und Weiterbildung**
- Maßnahmen zur **Professionalisierung der Berufsorientierung** (z. B. Verankerung der Berufswahlkompetenz in Schulen, Roadmap für einen strukturierten digital gestützten Berufswahlprozess, Schüler ID, Reduzierung von Parallelstrukturen und Intensivierung der Kooperation relevanter Akteure)
- Nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt durch **abschlussorientierte Teilqualifikationen** bei Personen über 25 Jahren ohne Berufsabschluss
- Einführung eines **Zuschusses zur Validierung beruflicher Kompetenzen**
- **Meldepflicht** für junge Menschen ohne berufliche Perspektive bei der Arbeitsagentur
- Vereinfachung des Aufstiegs-BAFöG

Negativ:

- Evaluierung des Berufsbildungsgesetzes mit Blick auf eine **gesetzliche Mindestausbildungsvergütung**

Positiv:

- **Strompreis:** Entlastung um mindestens 5 ct je kWh durch **Senkung Stromsteuer auf europäisches Mindestmaß** und **Reduktion Netzentgelte/Umlagen**, dauerhafte Verlängerung und Ausweitung der **Strompreiskompensation**, Festhalten an **einheitlicher Stromgebotszone**
- **Energieangebot:** Nutzung aller Potenziale der Erneuerbarer Energien, Einsatz für **europäische Energieunion**, Ermöglichung **Gasförderung im Inland**
- **Klimaneutralität 2045: CO₂-Bepreisung als zentrales Instrument**, Anrechnung **negativer Emissionen** sowie **Projekte in außereuropäischen Partnerländern**, Ausgleich für Exporte für vom CO₂-Grenzausgleichssystem erfasste Produkte
- **CO₂-Abscheidung und Speicherung:** Nutzung für schwervermeidbare Emissionen und Gaskraftwerke, überragendes öffentliches Interesse für Bau von Anlagen/Leitungen
- **Netze/Speicher:** gezielter und systemdienlicher Netz-/Speicherausbau, HGÜ-Übertragungsnetze als Freileitung, Ausbau Wasserstoffkern/-verteilnetz
- **Bürokratieabbau:** Energieeffizienzgesetz und Energiedienstleistungsgesetz **auf EU-Mindestmaß zurückführen**, zügige Umsetzung Erneuerbare-Energien-Richtlinie III für schnellere Genehmigungsverfahren, Ausweitung Möglichkeit der Direktversorgung der Industrie

Negativ:

- **Kraftwerkstrategie:** Bedarf durch Kohleausstieg vermutlich höher als 20 GW Kraftwerkleistungen bis 2030
- Hohes Risiko von Fehlsteuerung, Marktverzerrungen und hohen Kosten durch **Kapazitätsmechanismus**
- Festhalten an teuren und nur für wenige Unternehmen zugänglichen **Klimaschutzverträgen**

Positiv:

- **Vertiefung EU-Binnenmarkt**, insbesondere im Bereich Energie, Digitales, Verteidigung und Kapital, Stärkung und Regionalisierung EU-Kohäsionspolitik
- Bekenntnis zur **Partnerschaft mit USA** mit Ziel, Handelskonflikte zu vermeiden, Zölle auf beiden Seiten zu reduzieren und mittelfristig Freihandelsabkommen anzustreben
- **Enge Abstimmung der Chinapolitik** auf EU-Ebene
- **Neue EU-Freihandelsabkommen** wo immer möglich
- **Vertiefung (Wirtschafts-)Partnerschaften** mit Brasilien, Mexiko, Argentinien, Kolumbien, Türkei und afrikanischen Staaten
- **Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** mit integrativem Zusammenwirken von Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik

Positiv:

- **Mehr Wachstums- und Wagniskapital** durch Einrichtung eines Deutschlandfonds und Aktivierung von Wagniskapital durch Einsatz für Senkung von Eigenkapitalanforderungen (Solvency-II-Novelle)
- Prüfung einer **Gründerschutzzone und Bürokratierleichterungen bei Gründung** samt Errichtung einer zentralen Anlaufstelle (One-Stop-Shop) zur Unternehmensgründung innerhalb von 24 Stunden
- Erleichterter **Zugang zu Innovationsprogrammen** mit Bedingung der Fortführung erfolgreicher Programme und Planungssicherheit
- Maßnahmen zur **Stärkung des Technologietransfers** und Identifikation **strategischer Forschungsfelder und Schlüsseltechnologien**
- Technologieoffene Hightech-Agenda mit Vernetzung aller Akteure und Staat als Ankerkunde sowie **Stärkung des Spitzentechnologie-Standorts** durch Ansiedlung von Rechenzentren, Zugang zu Hochleistungsrechnern und mehr IT-Fachkräften
- **Entrepreneurship Education** als Ziel im Zentrum für Schulqualität und Lehre (ZSL)
- Schnellere, rechtsichere und transparentere **Statusfeststellungsverfahren**

Negativ:

- **Unklarheit über notwendige Wahlmöglichkeit für Neugründer** ohne obligatorisches Alterssicherungssystem zwischen gesetzlicher Rentenversicherung und anderen verlässlichen Formen der Altersvorsorge
- Erkennen des hohen Bedarfs zur **Unterstützung bei Betriebsübergaben nur im Handwerk** statt branchenübergreifend

Was fehlt?

- Erforderliche Reaktions- und Anpassungsfähigkeit bei Förderungen durch rasante technologische Entwicklungen
- Entrepreneurship Education an Hochschulen und Universitäten, unter anderem im Hinblick auf Möglichkeiten hinsichtlich Unternehmensnachfolge

Positiv:

- Reduzierung **aller sächlichen Verwaltungsausgaben** aller Einzelpläne (Sicherheitsbehörden ausgenommen) um zehn Prozent bis 2029
- **Stellenabbau in der Bundesverwaltung um acht Prozent** (zwei Prozent/Jahr) (Ausnahme für Sicherheitsbehörden)
- Überprüfung aller **Förderprogramme auf Zielgenauigkeit und Wirksamkeit**
- Einführung eines **ziel- und wirkungsorientierten Haushaltswesens**

Negativ:

- **Aufbau neuer Schulden durch neue Sondervermögen** reduziert Druck zur Haushaltskonsolidierung und erhöht Zinsen
- **Aufbau konsumtiver Ausgaben, Subventionen und Bedienung von Partikularinteressen**
- **Anstieg Lohnnebenkosten durch fehlende Reform der sozialen Sicherungssysteme**

Was fehlt?

- **Verbindliche Maßnahmen zur Beschränkung von Ausgabenzuwächsen** (z. B. durch Koppelung an Wirtschaftswachstum)
- **Regionalisierung von Steuern** (z. B. bei Erbschaftsteuer)
- **Sicherstellung stabiler Einnahmen für die Kommunen** (z. B. durch Ersatz der Gewerbesteuer durch eine gewinnabhängige Kommunalsteuer mit eigenem Hebesatz, die alle wirtschaftlichen Tätigkeiten einbezieht)

Positiv:

- Degressive Abschreibung auf Ausrüstungsinvestitionen von 30 Prozent in den Jahren 2025, 2026 und 2027
- **Senkung Körperschaftsteuer in fünf Schritten um jeweils einen Prozentpunkt**, allerdings Senkung erst ab 1.1.2028 und unter Finanzierungsvorbehalt
- **Senkung Einkommensteuer für kleine und mittlere Einkommen**, allerdings erst zur Mitte der Legislatur und unter Finanzierungsvorbehalt
- Anreiz für Weiterarbeiten nach Erreichen des gesetzlichen Rentenalters durch Steuerfreiheit des Gehalts bis zu 2.000 Euro im Monat

Negativ:

- **Beibehalten des Solidaritätszuschlags**
- Erhöhung des **Gewerbesteuer-Mindestsatzes von 200 auf 280 Prozent**
- Lediglich Steuerbefreiung von Überstundenzuschlägen und steuerliche Anreize zur Erhöhung von Teilzeitarbeit, aber **keine grundsätzlichen Reformen**; Maßnahmen erhöhen Bürokratie und setzen Anreize zur Absenkung der tariflichen Vollzeitarbeit

Was fehlt?

- Umfassendes Reformkonzept zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und Erhöhung Erwerbsanreize
- Dauerhafte Ausweitung der Verlustberücksichtigung und Erhöhung des Höchstbetrags
- Dauerhafter Ausgleich kalte Progression
- Entfristung von degressiver Abschreibung, Erhöhung der Wertgrenze für geringwertige Wirtschaftsgüter
- Rückführung der Kostenbesteuerung (z. B. gewerbesteuerliche Hinzurechnungen)

Positiv:

- Ziel **Verhinderung überbordender Regulierungen** bei Lieferkettensorgfaltspflicht (CSDDD), Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD) und CO2-Grenzausgleichsmechanismus auf EU-Ebene
- **Nutzung aller Ansatzpunkte zur Rohstoffversorgung:** Abschluss internationaler Partnerschaften und Diversifizierung, Erleichterung von Bevorratung, Erleichterung und Förderung der Rohstoffgewinnung in der EU
- **Konstanz in Strategie und Zielsetzung** in den Bereichen Umwelt, Nachhaltigkeit und Kreislaufwirtschaft sowie angedachte **Zielerreichung durch Anreize, Freiwilligkeit und Eigenverantwortung**
- Weiterverfolgung eines **risikobasierten Ansatzes im Chemikalienrecht** sowie **Ablehnung von Beschränkungen ganzer chemischer Stoffgruppen (z. B. PFAS)** bei gleichzeitiger Forcierung der Forschung nach Alternativstoffen und dem Ersatz von PFAS bei vorhandenen Alternativstoffen
- **Pragmatische und praxistaugliche Umsetzung von (EU-)Regulierung**, z. B. Nutzung von Spielräumen bei Umweltverträglichkeitsprüfung, praxistaugliche Ausgestaltung der nationalen Biodiversitätsstrategie und Beschleunigung von Genehmigungsverfahren
- **Prüfung der Angemessenheit von Berichtspflichten** auf nationaler Ebene

Negativ

- Über pragmatische Grundsatzausrichtung hinausgehend häufig nur vage Maßnahmenbeschreibung

Was fehlt?

- Klare Umsetzungspläne hin zu einer kreislauforientierten und nachhaltigen Wirtschaft für mehr Planungssicherheit bei kleinen und mittleren Unternehmen

Positiv:

- **Schritte hin zu einer nachhaltigen und auf Dauer angelegten Infrastrukturfinanzierung:** Orientierung an 3-Säulenmodell (Haushaltsmittel, Nutzerfinanzierung und privates Kapital), vorsichtige Bereitschaft zu Private-Public-Partnerships, Einführung begrenzter Kreditfähigkeit der Autobahn GmbH, Einführung von Finanzierungskreisläufen (sollten geschlossen sein)
- **Investitionen in alle Verkehrsträger** mit Prinzip „Erhalt vor Neubau“ und mit ersten, aber noch nicht ausreichenden Priorisierungen; Vorgesehene Verfahrensbeschleunigungen und –vereinfachungen
- **Förderung der Dekarbonisierung** unter Wahrung von **Technologieoffenheit und Wettbewerbsfähigkeit**
- **Förderung fairen Wettbewerbs unter Eisenbahnverkehrsunternehmen** durch mittelfristig geplante Bahnreform und Entflechtung der Infrastruktursparte
- **Mobilität der Zukunft im Blick:** Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Nutzung von Mobilitätsdaten und Digitalisierung der Schienenwege (ECTS), Ambitionen zur Realisierung des autonomen Fahrens u. a. durch Entwicklung und Finanzierung von Modellregionen

Negativ:

- **Keine Doppelstrukturen:** Integration des neuen „Infraplans“ in den Bundesverkehrswegeplan nicht vorgesehen
- Vager Plan zur nachhaltigen **ÖPNV-Finanzierung**

Was fehlt?

- Priorität für Schienenanschlüsse von Flughäfen an Fernverkehrsnetz
- Statt Prüfung bindende Festlegung gegen mehrfache CO2-Besteuerung im Straßengüterverkehr

Positiv:

- Abnahme- und Investitionssicherheit für Industrie durch Reform des **Planungs- und Beschaffungswesens** sowie des **Genehmigungs- und Vergaberechts**, Planungssicherheit durch Vorratsproduktion von Militärgütern und strukturell verankerte Beschaffungsmaßnahmen
- Sicherung des schnellen Ausbaus militärischer Kapazitäten durch **Bundeswehrinfrastrukturbeschleunigungsgesetz** für Bauvorhaben sowie Ausnahmeregelungen für Bau-, Umwelt-, und Vergaberecht
- **Förderung von Zukunftstechnologien** zusammen mit Forschungseinrichtungen, Hochschulen, Start-Ups und Industrie sowie Berücksichtigung relevanter Industrie- und Handelskammern
- **Fokussierung auf Bereiche der wirtschaftlichen Sicherheit**, u.a. KRITIS-Unternehmen und Infrastruktur
- **Erhöhung der Verteidigungsausgaben** orientiert an NATO-Fähigkeitszielen

Was fehlt:

- Beseitigung bestehender Ressort- und Verteilungskämpfe
- Klare Strukturen, Transparenz und strategische Verzahnung der EU-Förderinstrumente
- Unterstützung deutscher Unternehmen bei Bewerbungen für EU-Fonds
- Sicherung strategisch relevanter Unternehmen und Schlüsseltechnologien vor Übernahme durch systemische Rivalen, z. B. Chipindustrie, Halbleiterproduktion, Wehrtechnik und Telekommunikation